

# DIESE GRÜNEN!



## PFLEGENOTSTAND AUCH IN WUPPERTAL?

### ■ GRÜNE ANFRAGE SCHLÄGT HOHE WELLEN



Foto: Mathias Kehren

So lautet der Titel unserer Großen Anfrage in der Februar-Sitzung des Sozialausschusses. Der demografische Wandel und die verbesserte medizinische Versorgung sorgen dafür, dass immer mehr Menschen älter werden und damit oft auch pflegebedürftig. Gleichzeitig nimmt die Zahl junger Menschen, die einen Pflegeberuf ergreifen möchten, ab.

In NRW werden laut einer Prognose der Bertelsmann Stiftung im Jahr 2030 100.000 Pflegekräfte fehlen. Wir wollten wissen, wie sich die Situation

in Wuppertal darstellt, und erhielten auf unsere Anfrage überaus interessante Reaktionen: So hat zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege die Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen zu einem Gespräch eingeladen, um das Thema dort intensiv diskutieren zu können. Überraschend ist die durchaus unterschiedliche Sichtweise der verschiedenen Träger bezüglich des Themas. Während beispielsweise im stationären Bereich der städtischen Alten- und Pflegeheime der Bedarf konstant bleibt oder sogar abnimmt, haben vor allem

die freien Träger schon jetzt Schwierigkeiten, frei werdende Stellen zu besetzen. Sie sind häufig im ambulanten Bereich und in der Tagespflege tätig, wo gerade in den letzten Jahren mehr Plätze geschaffen wurden. Die Maßgabe „ambulant vor stationär“ soll auch künftig weiter umgesetzt werden, denn sie entspricht in den meisten Fällen dem Wunsch der Betroffenen, zu Hause gepflegt zu werden. Schon heute werden die allermeisten Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Das bedeutet aber auch, dass Strukturen geschaffen werden müssen,

um eine gute Versorgung zu gewährleisten.

#### Was können wir in Wuppertal tun?

Die Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene sind generell begrenzt. Es gibt aber einige Ansatzpunkte: An erster Stelle steht hier die Unterstützung von pflegenden Angehörigen. In Wuppertal gibt es eine Reihe von Angeboten, wie die Pflege- und Wohnberatung, Tages- und Kurzzeitpflege oder auch Selbsthilfegruppen. In vielen Fällen ist finanzielle Unterstützung für die Angehörigen möglich. Entscheidend ist jedoch, dass die nötigen Informationen leicht zugänglich sind. Sie sollten verstärkt zum Beispiel über Hausärzte oder Apotheken bekannt gemacht werden. Aber auch die Versorgung im Quartier ist von großer Bedeutung. Kurze Wege zu Ärzten, Apotheken oder anderen Gesundheitseinrichtungen gehören ebenso dazu wie Treffpunkte für Seniorinnen und Senioren.

Darüber hinaus muss die Ausbildung von Pflegekräften ein Thema sein. Betriebe, die selbst ausbilden, können ihre freien Stellen meist ohne Schwierigkeiten besetzen. Dabei sollte auch eine Ausbildung in Teilzeit ermöglicht werden, was derzeit in Wuppertal noch nicht der Fall ist.

Wenn wir an diesen Stellschrauben weiter drehen, können wir die Versorgungslücke vielleicht auf eine deutlich niedrigere Zahl als die im „Themenreport Pflege 2030“ errechneten 40 bis 90 fehlenden Kräfte reduzieren. Das würde auf der einen Seite Kosten sparen, auf der anderen könnten wir damit gleichzeitig die Wünsche vieler älterer Menschen erfüllen.



### GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

ein schöner, auch GRÜNER Erfolg war die erste Übertragung einer Wuppertaler Ratssitzung im Internet. Die Resonanz war am 29. April mit fast 900 Zugriffen sehr gut.

Schlecht hingegen ist der geplante Abbau von 750 Arbeitsplätzen bei Schaeffler. Die GRÜNEN haben sehr schnell auf die Pläne reagiert und Gespräche mit dem Betriebsrat geführt, auf dem GRÜNEN Frühlingsempfang ein Grußwort der IG Metall ermöglicht und im Rat der Stadt mit allen Fraktionen eine Resolution zum Erhalt der Arbeitsplätze beschlossen.

Diese und zahlreiche andere Themen, mit denen sich die GRÜNE Ratsfraktion befasst, finden Sie in dieser Zeitung.

Wir wünschen Ihnen noch viele schöne Frühlingstage, genießen Sie das bunt blühende Wuppertal!

Ihr Redaktionsteam

## GRÜNER ANTRAG FÜR QUALIFIZIERUNG VON LANGZEITARBEITSLSEN

### ■ ENERGIEBERATUNG AUF AUGENHÖHE

Das Thema Energiearmut ist in aller Munde. Vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen können die steigenden Energiekosten kaum noch bezahlen und viele haben bereits Schulden bei ihrem Energieversorger.

Es gibt einige Ansätze, wie man die Energiekosten senken kann. Allerdings wäre es falsch, immer „nur“ die Stromkosten zu betrachten, denn der weitestgehendste Teil der Energie wird für das Heizen verbraucht. Eine gezielte Beratung sowohl hinsichtlich des Stromverbrauchs als auch bezüglich der Einsparung von Heizenergie ist deshalb ein wichtiger Baustein, um die Kosten deutlich zu verringern.

Während sich allerdings das Stromsparen direkt in den Geldbörsen der Haushalte positiv bemerkbar macht, müssen für das Einsparen von Heizenergie Anreize geschaffen werden. Denn für einkommensschwache Haushalte wer-

den die Heizkosten über die Leistungen nach dem SGB II komplett übernommen. Wir GRÜNEN sind deshalb der Ansicht, dass auch die Stadt ein Inte-

resse daran haben müsste, die Kosten für Heizenergie zu senken.

#### Ein Projekt, bei dem alle gewinnen



Foto: © Thorben Wengert, Pixelio.de

In unserem Antrag „Qualifizierung von Energieberaterinnen und Energieberatern“ bitten wir deshalb die Stadt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, Langzeitarbeitslose zu Energieberaterinnen und Energieberatern zu qualifizieren. Für die Kunden hat das Projekt den Vorteil, dass sie auf Augenhöhe beraten werden und einer solchen Beratung oft aufgeschlossener gegenüberstehen. Für die Langzeitarbeitslosen bietet die Qualifizierung neben Anerkennung und einer geordneten Tagesstruktur eine bessere Chance, auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt zu werden. Und bei erfolgreicher Beratung kann eine Menge CO<sub>2</sub> eingespart werden, sodass auch der Klimaschutz profitiert. Das zeigen Erfahrungen aus ähnlich angelegten Projekten. Es handelt sich also um ein rundum nachhaltiges Konzept, das aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gründen sinnvoll ist!

## AUS DEM INHALT

Seite 2  
Kein Abbau der Arbeitsplätze bei Schaeffler

Seite 3  
Bye-Bye, Harald Bayer!

Seite 5  
Der GRÜNE Frühlingsempfang

Seite 5  
Sonderprogramm für marode Straßen



## KALKSTEINBRUCH IN VOHWINKEL-SCHÖLLER WIRD ERWEITERT

### ■ KEINE ZEIT FÜR FRAGEN UND BEDENKEN

2007 stellte die Firma Iseke GmbH & Co. KG einen Antrag auf Erweiterung des Kalksteinbruchs Grube Osterholz. Bereits seit 1980 liegt eine grundsätzliche Genehmigung für die Erweiterung vor, die nun in einem konkreten Planfeststellungsverfahren vom Rat beschlossen werden sollte.

Innerhalb der letzten Jahre wurden die Anträge des Unternehmens auf Erweiterung mehrmals verändert und überarbeitet. Unter Hochdruck erarbeitete die Verwaltung jetzt den Planfeststellungsbeschluss unter Einbeziehung von Stellungnahmen der Nachbargemeinden Haan, Erkrath und des Kreises Mettmann sowie anderer Träger öffentlicher Belange und mit Abwägung der zahlreichen Einwendungen von Anwohnerinnen und Anwohnern.

Der Firma Iseke wurde eine Vielzahl an Auflagen gemacht. Außerdem wurden Nebenbestimmungen formuliert. So muss die Abgrabung bis zum Jahr 2047 mit Wiederherstellung der Naturlandschaft inklusive See abgeschlossen sein. Darüber hinaus ist der Gewässerschutz zu gewährleisten und sind zahlreiche Auflagen für den Natur-



Foto: Mathias Kehren

und Umweltschutz einzuhalten. Auf insgesamt 177 Seiten wurden den Stadtverordneten alle Details des Genehmigungsverfahrens vorgelegt, mit der Maßgabe, sich in kurzer Zeit mit der Materie vertraut zu machen und darüber zu entscheiden. Rein rechtlich ein ungewöhnliches Verfahren: Der Rat soll als Genehmigungs-

behörde fungieren und eine sogenannte „gebundene“ Entscheidung treffen, d.h. den Mitgliedern des Rates wird in diesem Verfahren untersagt, Änderungen oder weitere Auflagen zu beschließen. Kritik und viele Bedenken wurden in der Ratssitzung am 29.04.13 an diesem Verfahren geäußert, trotzdem fasste der Rat mehrheitlich den

Planfeststellungsbeschluss. Dabei hatten sich im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus Schöller und der Holthäuser Heide zu Wort gemeldet und Einwendungen formuliert. Zwei Forderungen mündeten in einen Bürgerantrag, der im Hauptausschuss am 29.04.13 gegen die Stimmen der GRÜNEN, der Linken und der WfW abgelehnt wurde:

1. Die Einrichtung eines zusätzlichen Grundwassermesspunktes auf dem Gebiet von Schöller
2. Verbindliche Messungen der Sprengerschütterungen in der Hauptausbreitungsrichtung der Sprengungen, u.a. insbesondere in der Kirche Schöller.

Die AnwohnerInnen sprechen sich nicht grundsätzlich gegen die Erweiterung der Grube Osterholz aus, leben sie doch schon Jahrzehnte in der Nähe des Kalkabbaus und mit den damit für sie verbundenen Belastungen. Allerdings wird schon allein die Schaffung von zwei weiteren Abraumhal-

den in Schöller und an der Holthäuser Heide große Auswirkungen haben. Die Hauptsorge der AnwohnerInnen gilt jedoch der Gefahr von Schäden an Gebäuden oder Kulturgütern und der damit verbundenen Beweislast sowie der Schaffung von Vertrauen in die Zusammenarbeit mit Stadt und Betreiberfirma. Die Auflagen der Stadt stellen die AnwohnerInnen nicht zufrieden, auch die freiwillige Verlagerung eines Grundwassermesspunktes durch die Firma Iseke auf das Gebiet von Schöller sehen sie für den langen Planungszeitraum des Abbauvorhabens als rechtlich nicht verbindlich an.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert, dass die nachvollziehbaren und keineswegs überzogenen Forderungen der AnwohnerInnen nicht als Auflagen in das Verfahren aufgenommen wurden, dass die zahlreichen Fragen der GRÜNEN zum Verfahren aus Zeitmangel nicht rechtzeitig schriftlich und umfassend beantwortet wurden und der Planfeststellungsbeschluss viel zu kurzfristig vorgelegt wurde. Die GRÜNE Ratsfraktion hat dem Planfeststellungsbeschluss daher nicht zugestimmt und sich enthalten.

## UMBAU DÖPPERSBERG

### Die Stunde der Bedenkenträger

Der Umbau des Döppersbergs ist das Schlüsselprojekt für die Modernisierung der Elberfelder City und des Verkehrsknotens Döppersberg mit dem neuen Busbahnhof. Nach Baubeginn melden sich nun immer wieder Menschen und Organisationen zu Wort, die das Projekt in Frage stellen oder zumindest drastische Kostensteigerungen vorhersehen. So auch in der Planungs- und Baubegleitkommission Döppersberg am 17. April. Die Wählergemeinschaft für Wuppertal (WfW) äußerte die Befürchtung, das Baufeld für den Investorenkubus könnte mangels Investor nicht bebaut werden und der untere Teil des Bahnhofsvorplatzes bliebe eine große Freifläche.

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

## KEIN ABBAU DER ARBEITSPLÄTZE!

### ■ SOLIDARITÄT MIT DEN BESCHÄFTIGTEN BEI SCHAEFFLER

Am 12. April hat die Geschäftsleitung von FAG Schaeffler (in Wuppertal auch Kugelfischer genannt) dem Betriebsrat und der IG Metall mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, die Belegschaft um 750 Arbeitsplätze zu halbieren und begründet das mit einer Krise der Windenergie-Wirtschaft.

Diese Branche erwartet für 2013 ein Wachstum in der Größenordnung von 10%. Wenn Schaeffler nicht unter den Gewinnern ist, sind Managementfehler wahrscheinlich. Die IG Metall weist auf Pläne hin, die Produktion nach Brasow in Rumänien zu verlagern. Dort betreibt Schaeffler bereits ein Werk. In der Ratssitzung am 29.4.2013 wurde mit einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen an die Geschäftsführung



Foto: Privat, v.l.n.r.: Peter Vorsteher, Klaus Lüdemann, Torsten Lankau, Stefanie Schmidt, Ozgür Sönmezciçek, Hermann Ott

von Schaeffler appelliert, möglichst viele Arbeitsplätze am Standort Wuppertal zu erhalten. Ob der Appell Wirkung zeigt, bleibt abzuwarten.

Im Fall von Quante (3M) und Jackstädt (Avery Dennison) hat Wuppertal schon die Folgen von Entscheidungen internationaler Konzerne erlebt.

Wir GRÜNEN unterstützen die Initiative der IG Metall, in der Bergischen Region einen Cluster von Zulieferern und Dienstleistern für die Windenergieindustrie zu etablieren. Wir hoffen, dass die Schaeffler-Geschäftsleitung ihr Konzept ändert und die Arbeitsplätze in Deutschland belässt.

Aktuelle Informationen finden Sie auf der Webseite:

<http://www.igmetall-schaeffler.de/Solidaritaet-Wuppertal.14.0.html>

## GASTKOMMENTAR: ARBEITSPLÄTZE BEI SCHAEFFLER SICHERN, JOBMOTOR ENERGIEWENDE NUTZEN!

### ■ VON DR. HERMANN E. OTT, GRÜNER BUNDESTAGSABGEORDNETER FÜR WUPPERTAL

Die Windenergie erlebt einen wirtschaftlichen Boom in Deutschland und der Welt. Warum aber kündigt das Unternehmen FAG Schaeffler gerade jetzt an, 750 Stellen in Varresbeck abbauen zu wollen – und gibt die kriselnde Windenergie-Sparte als Grund an? Wird hier verschleiert, dass eine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland geplant ist, wie begründete Vermutungen lauten? Im Fall Schaeffler kommt es jetzt darauf an, dass sich das Unternehmen erklärt und alles für die Sicherung der Arbeitsplätze getan wird. Das Geschehen um Schaeffler macht zudem klar, dass es nun umso wichtiger wird, den Jobmotor Energiewende für Wuppertal und das Bergische Land zu nutzen.

Die Bundesregierung tut allerdings nichts, um den weltweiten Boom zu



Foto: Privat

nutzen – sie verschleppt den Ausbau der Stromnetze und sorgt für verheerende Unsicherheit bei Investoren und BürgerInnen. Doch gerade die Wind-

energie trotz der Politik der Bundesregierung. Auf meine Anfrage im Plenum des Deutschen Bundestages hat das Umweltministerium bestätigt, dass die Windbranche boomt und es keinerlei Hinweise auf Firmen in Schwierigkeiten gibt. Aktuelle Studien belegen, dass die Windenergie in Deutschland derzeit auf Rekordniveau wächst und im nächsten Jahr einen Höchststand erreichen wird. Weltweit wird ein Anstieg der Neuinstallationen von 10% verzeichnet.

### Eigentum verpflichtet auch FAG Schaeffler

Schaeffler steht in der Pflicht, sich zu den Jobkürzungsplänen zu erklären – jenseits der Tatsache, dass die Firma ihre Aufgaben aus dem Ergänzungstarifvertrag von 2008 erfüllen muss!

Schaeffler muss offenlegen, ob Vermutungen zutreffen, dass die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland der eigentliche Grund für den geplanten Jobabbau ist. Schließlich ist die Situation um Schaeffler nicht nur von hoher Bedeutung für die dort arbeitenden Menschen, sondern auch für den Haushalt der Stadt und damit für die Steuerzahler der klammen Kommune Wuppertal. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir den Stellenabbau verhindern können, wenn alle Verantwortlichen in der Stadt an einem Strang ziehen!

### „Bergische Erklärung“: wichtiges Signal für 100% Erneuerbare

Der Fall Schaeffler zeigt, dass die Energiewende als Jobmotor noch viel stärker für Wuppertal und das Bergische

Land genutzt werden muss. Das sieht die IG Metall im Übrigen genauso. Die überparteiliche „Bergische Erklärung“, die von mir initiiert und am 2. November 2012 von 15 weiteren Abgeordneten der Region Bergisches Land aus Bundestag und Landtag NRW unterzeichnet wurde, ist ein klares Signal an alle Akteure: Es geht nicht mehr um das OB, sondern „nur“ noch um das WIE der Energiewende hin zu 100% Erneuerbaren.

Ein Stellenabbau bei Schaeffler würde dazu führen, dass zukunftssichere Jobs in Wuppertal und der Region verloren gehen. Denn eines ist völlig klar: Wir GRÜNEN werden nach der Bundestagswahl der Energiewende Willen und Seele zurückgeben und damit Arbeitsplätze sichern sowie neue schaffen.

## INTERVIEW MIT HARALD BAYER

### ■ WIE ALLES BEGANN ...

Lieber Harald, Du hast viel für Wuppertal getan, es gab aber auch eine ganze Menge Hürden. Gerade in den ersten Jahren musstest Du dicke Bretter bohren. Darum wollen wir noch einmal die Pionierzeit hervorheben.

#### Meine erste Frage lautet deshalb: Wie wurdest Du in Wuppertal als erster GRÜNER Beigeordneter empfangen?

Das Umweltschutzamt und das Umweltamt wurden vor 24 Jahren neu geschaffen und von Grund auf aufgebaut. Als ich meinen Dienst antrat, gab es noch kein Sekretariat, keine Büroräume und keine Büromöbel. Mein damaliger „Chef“, der leider schon verstorbene Oberstadtdirektor Dr. Cornelius, musste „per Ordre de Mufti“ einen Besprechungsraum konfiszieren, damit ich ein Büro beziehen konnte. Meine Büromöbel habe ich zunächst im Barmer Rathauskeller zusammengesucht. Anfangs musste ich den Eindruck gewinnen, dass ich als erster GRÜNER in der Verwaltungsleitung mit großen Vorbehalten und sehr unterschiedlichen Erwartungen empfangen wurde. Die ersten Jahre waren sehr davon geprägt, dem Umweltschutz und der Umweltvorsorge überhaupt Gehör in der Verwaltung zu verschaffen und beides organisatorisch wie methodisch zu verankern.

#### Es ist sicher nicht einfach, aber aus Platzgründen frage ich Dich nach zwei der wichtigsten Themen zu Beginn Deiner Arbeit. Welche waren das?

Erstes Beispiel: 1989 konnte ich noch mit eigenen Augen das letzte große Fischsterben in der Wupper beobachten, das durch eine Fehleinleitung von Seifenlauge der Firma Luhns an der Schwarzbach ausgelöst wurde. Heute können wir die zurückgekehrten Fische und den Artenreichtum in der Wupper sehen: Die Lachse sind wieder da und Graureiher, Kormorane und Eisvögel nutzen die Wupper als Nahrungsrevier. Auf der Wupper werden ab Müngsten inzwischen sogar Paddel-

touren angeboten. Die umfangreichen Investitionen in den Gewässerschutz, das Kanalsystem und die Kläranlagen haben sich also gelohnt!

Das zweite Beispiel: 1991 initiierte ich gemeinsam mit der damaligen Bürgermeisterin Irmgard Wohlerl den Beitritt der Stadt Wuppertal als Gründungsmitglied zum „Klimabündnis“ der Europäischen Städte mit den Völkern Amazoniens, dem heute fast 2000 Kommunen in ganz Europa angehören.



Foto: Mathias Kehren

Mit dem Beitritt zum Klimabündnis war eine Selbstverpflichtung der Stadt verbunden, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch zu reduzieren. Diese Selbstverpflichtung führte schließlich zum ersten CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm der Stadt Wuppertal, und Klimaschutz wurde zu einem ganz wesentlichen kommunalpolitischen Aktionsfeld.

#### Zwischenzeitlich warst Du auch für die Stadtplanung zuständig, was waren da die thematischen Highlights?

Das waren zum Beispiel der erste ökologische Bebauungsplan am Freudenberg, der Flächennutzungsplan, der Bau der City-Arkaden und des Hotels am Johannisberg, insbesondere aber auch der städtebauliche Rahmenplan Döppersberg, den ich in meiner dama-

ligen Funktion als Planungsdezernent in den Rat einbrachte und der dort einstimmig beschlossen wurde. Auch an der Regionale 2006 habe ich intensiv mitgewirkt. Mit der Entwicklung des Freiraumprogramms Talachse, der Leitlinie Wupper und der Neugestaltung der zentralen Parkanlagen Nützenberg und Barmer Anlagen sowie dem Neuen Garten auf der Hardt mit den Schaugewächshäusern und der Einbeziehung des Geländes der ehemaligen

Stadtgärtnerei konnten einige zentrale, stadtentwicklungspolitisch bedeutsame Akzente gesetzt werden. Sehr erfolgreich war auch die Entwicklung und Realisierung des Müngstener Brückensparks, gemeinsam mit der Regionale Agentur um Henry Beierlorzer und zusammen mit den Städten Remscheid und Solingen.

Noch eine Bemerkung am Rande: Das letzte Grundstück, das die Stadt zur Realisierung stadtentwicklungspolitischer Ziele gekauft hat, habe ich in meiner damaligen Funktion als Planungsdezernent im Rahmen eines Vorkaufrechts durchgesetzt. Heute werden dort die Junior Universität, eine Grünanlage mit Sport- und Spielflächen sowie ein Rad- und Fußweg an der Wupper gebaut.

„grünen Spielwiese“ und den „grünen Vögeln“ war die Rede, der Widerstand in der Verwaltung oder auch in den Medien war groß.

Mit der Zeit hat sich vieles zum Positiven gewandelt, der Umweltschutz ist akzeptiert und gehört (fast) selbstverständlich mit zum Verwaltungshandeln. Harald Bayer war für viele ökologische Projekte verantwortlich und hat die Stadtentwicklung aktiv mitgestaltet, auch wenn die politischen Mehrheiten seinen Vorstellungen von einer ökologischen und nachhaltigen Stadtentwicklung nicht oft folgten.

Der Natur- und Landschaftsschutz und die kommunale Energie- und Klimapolitik wurden von ihm maßgeblich geprägt. Zu nennen sind beispielsweise die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes und der Beitritt der Stadt Wuppertal zum Klimabündnis 1991 sowie die erfolgreiche Bewerbung zur Regionale 2006.

Im Bereich des Gewässerschutzes war Harald Bayer am Aufbau einer ökologisch orientierten Stadtentwässerung beteiligt. Bodenschutz, Altlastensanierung und Abfallwirtschaft fielen

ebenfalls in sein Ressort. Wie ein grüner Faden zog sich das Thema Nachhaltigkeit in Stadtentwicklung und Stadtplanung durch seine Tätigkeit als Beigeordneter.

2008 kam für Harald Bayer ein nicht so erfreulicher Einschnitt. Nach 19 Jahren wurde ihm durch die Neuordnung der Geschäftsbereiche das Umweltressort entzogen, in seine Verantwortlichkeit fielen seither die Ressorts Grünflächen, Forsten, Feuerwehr und Gesundheit. Schwerpunkte seiner Arbeit waren seitdem die bergische Kooperation der Gesundheitsämter Remscheid, Solingen und Wuppertal sowie die Unterstützung der Feuerwehr bei ihren vielfältigen Aufgaben.

Eine Maxime, die für Harald Bayer stets große Bedeutung hatte, ist heute aktueller denn je und wird auch in Zukunft in Zeiten des Klimawandels immer bedeutsamer: Global denken – lokal handeln.

In diesem Sinne dankt die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Harald ganz herzlich für 24 Jahre engagierte Arbeit für Wuppertal.

## ABSCHIEDSGEDICHT FÜR HARALD BAYER

In Wuppertal, vor langer Zeit,  
da war es endlich dann so weit:  
weil Wuppertal viel Umwelt hat,  
gab's auch ein Umweltschutzamt.  
Der Chef hieß keineswegs dann „Meyer“,  
nein, nur so ähnlich, nämlich „Bayer“,  
und nahm sodann die Arbeit auf.  
Umweltprojekte gab's zu Hauf,  
dadurch gelang's in weiten Strecken  
Umweltbewusstsein hier zu wecken,  
um, manchmal erst nach zähem Ringen,  
den Umweltschutz nach vorn zu bringen –  
dass „Stadtentwicklung“ auch geschah  
gab's dann „3 D“ und „NRB“.  
Die Herren Martens, Stern und Bayer,  
die spielten hier auf neuer Leier  
und sorgten dafür, dass nun glatt  
auch Wuppertal noch Zukunft hat.  
Im größten aller „Bau-Ausschüsse“  
gab's damals massenhaft Beschlüsse,  
sehr groß war der Papiere Zahl,  
die sprengten jegliches Regal  
und die Verwaltung musste hetzen,  
um die Beschlüsse umzusetzen.  
Doch gingen dann, ich sag's nicht gern,  
die Herren Martens und auch Stern –  
das fand ich wirklich allerhand –  
sehr bald schon in den Ruhestand.  
Wie aber immer sei dem auch –  
Herr Bayer stand nicht auf dem Schlauch  
und übernahm die ganzen Reste,  
machte die Sache auf das Beste.  
Oft hieß es im Geschäftsbereich:  
„Ja, hier ist Bayer, komme gleich!“  
So ging es dann noch Jahr um Jahr,  
bis diese Zeit zu Ende war.  
Denn durch politische Entscheidung  
kam „Umwelt“ unter neue Leitung,  
obwohl er dran besonders hing –  
doch Feuerwehr war auch sein Ding.  
Dort brauchte er nicht auszuruhen,  
konnt' für die Umwelt noch was tun,  
kam gerne mal, ganz auf die Schnelle,  
persönlich zu 'ner Hauptbrandstelle  
und nahm auch, das kam sehr gelegen,  
Auszeichnungen gern entgegen!  
Nun ist auch diese Zeit vorbei,  
doch ist uns dies nicht einerlei.  
Wir richten darum unsern Blick  
heut' gern auf diese Zeit zurück.  
Wir wünschen nunmehr ruheständlich  
noch viel Gesundheit, selbstverständlich,  
und schöne Zeiten, wo es ländlich,  
ganz ohne Stress die Zeit vergeht,  
man schwimmen kann von früh bis spät,  
und hoffen, dass durch Schicksals Walten  
wird sich's noch lange Zeit so halten!

Friedhelm Saßmannshausen

## BYE-BYE, HARALD BAYER!

### ■ NACH 24 JAHREN GEHT DER ERSTE GRÜNE DEZERNENT IN DEN RUHESTAND

Wuppertal muss sparen – auch auf Ebene der Dezernenten. Deshalb wurde beschlossen, ihre Anzahl zu reduzieren. CDU und SPD warteten mit der Umsetzung dieses Beschlusses, bis das Ende der Amtszeit des GRÜNEN Beigeordneten anstand. So wurde Harald Bayer am 11.04.2013 nach 24 Jahren als einer der dienstältesten GRÜNEN Beigeordneten im Rahmen einer bewegenden Feier mit mehr als 150 Gästen in den Ruhestand verabschiedet.

1989 gelang es den GRÜNEN im Wuppertaler Rat, die Einrichtung eines Umweltausschusses und eines Umweltschutzamtes durchzusetzen, und Dipl.-Ing. Harald Bayer wurde zu einem der ersten Umweltschutzdezernenten Deutschlands gewählt. Er wechselte von Dortmunder nach Wuppertal und nahm die Herausforderung an. Leicht war das damals nicht. Auf der einen Seite standen die GRÜNEN und die Umweltinitiativen mit hohen Erwartungen an den Umweltschutz, auf der anderen Seite verhielten sich Politik und Verwaltung skeptisch bis ablehnend. Von der



Foto: Mathias Kehren

## GASTKOMMENTAR: ARBEITSGEMEINSCHAFT DER FREIEN WOHLFAHRTSVERBÄNDE (AGFW)

### ■ ZUSCHÜSSE ANPASSEN, ZUKUNFT SICHERN

von Dr. Christoph Humburg, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Wuppertal

Mit Blick auf die anstehenden Beratungen zum städtischen Doppelhaushalt 2014/15 und die zurückgewonnene Gestaltungsfähigkeit der Politik macht die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AWO, Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Jüdischer Wohlfahrtsverband, Paritätischer) auf die schwierige Situation in Wuppertal aufmerksam. Das Haushaltssicherungskonzept hat im sozialen Bereich Wuppertals deutliche Spuren hinterlassen. Durch das rigide Sparen bei den sogenannten freiwilligen Leistungen ist ein Stau in Richtung der Finanzierung und des sozialen Handlungsbedarfs entstanden. Dabei täuscht der Begriff „freiwillige Leistungen“ vor, es handele sich

hier um eine Art sozialen Luxus. Tatsächlich aber sind es doch Maßnahmen zur Prävention und zur Sicherung der Nachhaltigkeit, die die sozialen Pflichtleistungen der Kommune erst sinnvoll abrunden. Mehr noch: Fehlende Prävention treibt die Kosten für die gesetzlichen Leistungen immer weiter in die Höhe.

Seit rund 12 Jahren sind die Zuschüsse an die Freien Träger eingefroren, was de facto einer Kürzung von rund 30% entspricht. Tarifliche Lohnsteigerungen bei den Verbänden wurden in der Zuschussgestaltung nicht berücksichtigt. Das kann die Freie Wohlfahrtspflege so nicht länger hinnehmen, wenn sie handlungsfähig bleiben soll. Die Wohlfahrtsverbände und die ihnen angeschlossenen Mitgliedsverbände brauchen mit dem neuen Haushalt endlich eine angemessene Anpassung der Zuschüsse!



Foto: Simone Bahrmann

Wir zahlen keine Niedriglöhne, sondern sind richtigerweise in tarifliche Lohnsysteme eingebunden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbände

erbringen eine hochgradig qualifizierte Arbeitsleistung, die den vielfältigen Problemlagen der betroffenen Menschen entspricht und damit auch der Stadt als Ganzes Vorteile bringt. Diese Arbeit musste in den vergangenen Jahren unter dem Druck des Haushaltssicherungskonzeptes zunehmend verdichtet werden, was in zahlreichen Arbeitsbereichen zu einer Grenzbelastung geführt hat.

In vielen Fällen lebt die soziale Arbeit von einer Säulenfinanzierung. Wird in Wuppertal die Zuschussituation auch im kommenden Doppelhaushalt nicht dem realen Bedarf angepasst, hat das weiterhin negative Auswirkungen auf den Zufluss von komplexeren Finanzierungsmitteln. Da die Zuschüsse von Bund, Land und Kirchen fast immer an die kommunalen Zuschüsse gekoppelt sind, gilt: Je niedriger die Bezuschussung durch

die Stadt, desto mehr Mittel aus Bund, Land und auch Kirchen gehen den Menschen in Wuppertal verloren.

Dass es auch anders geht, zeigt die Nachbarstadt Solingen. Dort wird erfolgreich in die Prävention investiert, zum Beispiel im Bereich Familie durch erziehungstärkende und bindungsfördernde Maßnahmen. Die ersten (auch finanziellen) Erfolge lassen sich bereits erkennen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege sieht sich in der Verantwortung, mit Nachdruck dafür einzutreten, dass die sozialen Belange der Wuppertaler Bevölkerung in angemessener Weise ihren Niederschlag im städtischen Haushalt finden. Hier geht es um die individuellen Schicksale von Kindern, Jugendlichen, Familien, Alten, Benachteiligten. Aber es geht auch um die Zukunftssicherung für die ganze Stadt.

## DER GRÜNE FRÜHLINGSEMPFANG

### ■ FAST SCHON EINE TRADITION



Foto: Mathias Kehren

Die GRÜNE Ratsfraktion lud am 20.04.2013 in das Kommunikationszentrum die Börse ein – und über 100 in den unterschiedlichsten Bereichen engagierte WuppertalerInnen kamen zum Frühlingsempfang, der in diesem Jahr zum zweiten Mal stattfand.

Aus aktuellem Anlass sprach Torsten Lankau als Geschäftsführer der IG Metall über den Erhalt der Arbeitsplätze bei Schaeffler. Das Unternehmen hatte angedroht, aufgrund der schlechten Auftragslage die Hälfte der 1.500 Beschäftigten zu entlassen.

Danach spannte der Fraktionsvorsitzende Peter Vorsteher in seiner Rede den Bogen GRÜNEN Engagements weit auf. Er forderte, innerstädtische Brachflächen zu recyceln, statt weiter auf der grünen Wiese Unternehmen anzusiedeln oder dort den Bau von Ein- und Mehrfamilienhäusern zuzulassen. Auch die Zukunft des Platzes am Kolk liegt den GRÜNEN angesichts der Erweiterungswünsche der City-Arkaden am Herzen. Peter Vorsteher

äußerte sich kritisch zur Reduzierung des ÖPNV-Angebotes und mahnte die Verbesserung der Kooperation mit den anderen Bergischen Städten Remscheid und Solingen an. Das GRÜNE Engagement für den Erhalt der Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus wurde zusammengefasst – ein Antrag an den Rat der Stadt wurde zwischenzeitlich mit großer Mehrheit beschlossen. Auch der demografische Wandel kam nicht zu kurz, eine GRÜNE Anfrage an den Sozialausschuss zum Pflegenotstand in Wuppertal ist aktuell ein in Fachkreisen ausgiebig diskutiertes Thema. Als Ehrengast hielt die GRÜNE Regierungspräsidentin Anne Lütke ein Plädoyer für interkommunale Zusammenarbeit und fand auch einige kritische Worte zur geplanten Ansiedelung von IKEA in Oberbarmen. Wir haben eine Sammlung von Fotos auf unserer Homepage eingestellt, unter [www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de) können Sie darin blättern. Dort finden Sie auch die Rede von Peter Vorsteher.

## UMBAU DÖPPERSBERG

FORTSETZUNG VON SEITE 2

In der Sitzung berichtete die Verwaltung, dass fünf Investoren Interesse bekundet hätten. Die Befürchtungen der WfW sind also unbegründet.

In derselben Sitzung stellte die FDP die Forderung nach einem aktuellen Zeitplan für die Gesamtbaumaßnahme. Die Verwaltung sagte einen solchen bis zur Sitzung am 20.6. zu. Damit

wollte sich die FDP aber nicht zufriedengeben – unverständlicherweise, denn bisher gibt es keine wesentlichen Verzögerungen. Ein Vergleich mit Großprojekten wie dem Flughafen Berlin Brandenburg ist völlig abwegig. Nach den Ausschreibungen für die Mall und den Bahnhofsvorplatz wird es größere Klarheit bezüglich der Kosten geben. Dann wird ca. ein Viertel der Gesamtsumme vergeben. Wir GRÜNEN stehen zu dem Projekt und werden es weiter konstruktiv-kritisch begleiten.

## AUSVERKAUF VON SPIELFLÄCHEN

### ■ HAUSHALTSSICHERUNG VERSUS KINDERRECHTE

Aktuell sind die Bezirksvertretungen mit dem sogenannten Spielflächenbedarfsplan beschäftigt, einer Planung, die der Jugendhilfeausschuss vor 26 Monaten in Auftrag gegeben hatte. In langer Kleinarbeit wurden durch die MitarbeiterInnen der Verwaltung und durch eine Kindergruppe alle bestehenden Bolz- und Spielplätze einer eingehenden Prüfung unterzogen. Das Ergebnis lässt erkennen, dass durch die Einsparungen in der Unterhaltung und Neuanlage von Spielplätzen in den letzten Jahren ein teils erheblicher Wartungsstau entstanden ist.

Als Folge schlägt die Verwaltung nun vor, dass zum einen 42 bestehende Spielplätze nur noch als Spielfreiflächen genutzt werden sollen. Dies beinhaltet den Abbau aller noch

funktionierenden Geräte. Die verbleibenden Flächen sollen als begrünte Spielflächen fungieren, müssen sich jedoch dem Nutzungsdruck z.B. von Hundehaltern erwehren. Ein Konzept für diese Naturraumflächen liegt ebenfalls noch nicht vor. Zum anderen sollen 37 bisher für die Planung von Spielplätzen vorgesehene Flächen aufgegeben und verkauft werden. Da in sieben von zehn Stadtbezirken teilweise über 50% Spielfläche fehlt (so die Feststellung der Verwaltung), gibt man de facto das Ziel einer angemessenen Versorgung mit öffentlichen Spielplätzen auf. Die GRÜNE Ratsfraktion wird sich hier bewusst im Sinne der Kinderrechte positionieren und einen Verkauf von geplanten Spielflächen ablehnen.

## WUPPERTALER SCHAU SPIEL

### ■ SUSANNE ABBREDERIS IST DIE NEUE INTENDANTIN

... und sie hat eine schwierige Aufgabe vor sich, gilt es doch, den hausgemachten Abwärtstrend des Wuppertaler Schauspiels aufzuhalten.

Hatte das Schauspiel

- 1967 40 Schauspielerinnen und Schauspieler,
- 1996 30 Schauspielerinnen und Schauspieler und
- 2009 14 Schauspielerinnen und Schauspieler,

sollen ab der Spielzeit 2013 sage und schreibe nur noch sieben Schauspielerinnen und Schauspieler fest angestellt sein. Darüber hinaus steht das Schauspielhaus als Spielstätte für die neue Intendantin nicht mehr zur Verfügung. Die Drucksache VO/0709 von 2012, in der das Anforderungsprofil zur zukünftigen Struktur des Wuppertaler Schauspiels umrissen wird, zeigt deutlich, dass Frau Abbrederis aus Sicht der Großen Koalition als Intendantin das Unmögliche möglich machen soll. So wird in der Drucksache verlangt, dass sie eine Durchschnittsauslastung von ca. 120 Zuschauerinnen und Zuschauern pro Aufführung erreicht.

Doch wenn in das Theater immer weniger investiert und die Oper eindeutig bevorzugt wird, dürfte Sie es sehr schwer haben. Fachlich bringt Frau Abbrederis alle Voraussetzungen mit, die man sich wünschen kann. Die GRÜNEN sind gespannt, welche neuen Akzente die zukünftige Chefin des Schauspiels in Wuppertal setzen wird.

Interessant ist auch die Vorgabe, dass eine größere Anzahl von Kooperationen mit anderen Bühnen angestrebt werden soll, mit Theatern in der Stadt und aus NRW. Wir freuen uns auf die Ergebnisse dieser befruchtenden Zusammenarbeit, hat Frau Abbrederis doch in Essen das vielbeachtete Fest der Kulturen auf der Zeche Zollverein inszeniert.

Als GRÜNE Ratsfraktion begrüßen wir die gute Wahl der Auswahlkommission unter der fachlichen Beratung von Oliver Scheytt und wünschen Frau Abbrederis in Wuppertal alles Gute. Die kleine Spielstätte mit 160 Besucherplätzen könnte zu einem Neuanfang führen – den schauspielbegeisterten Wuppertalerinnen und Wuppertalern ist es zu wünschen.

## IMPRESSUM

**Herausgeberin:**  
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal  
**Tel. 0202. 563. 6204**  
**Fax: 0202. 59 64 88**  
E-mail: [fraktion@gruene-wuppertal.de](mailto:fraktion@gruene-wuppertal.de)  
Internet: [www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**  
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.),  
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,  
Cornelia Krieger, Klaus Lüdemann,  
Kordula Pfaller, Ilona Schäfer, Paul Yves Ramette

**Gastbeiträge- und kommentare:**  
Dr. Christoph Humburg, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Wuppertal  
Hermann Ott MdB, klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion  
Friedhelm Saßmannshausen, Gedicht zur Verabschiedung von Harald Bayer

**Satz und Gestaltung:**  
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,  
42117 Wuppertal

**Druck:**  
talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,  
42117 Wuppertal

**Auflage: 15.500**

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im  
ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,  
Simonsstraße 36; AstA, Berg. Universität;  
Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4;  
Café Moritz, Höhe 22; Cinema,  
Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8;  
Katzengold, Untergrünwaldstraße 3;  
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;  
Spunk, Flensburger Straße 38;  
bioSophie, Sophienstr. 26

**Die Abgabe ist kostenlos!**



## MIRKER HAIN

### ■ BÄUME „AUF DEN STOCK GESETZT“ ODER ENDGÜLTIG ZERSTÖRT?

Ein Bild des Grauens bietet sich Bürgerinnen und Bürgern beim Spaziergang im Mirker Hain am Wilhelm-Raabe-Weg. Der Besitzer der Feuchtwiese hat eine Reihe Bäume mit einem Durchmesser von bis zu ca. 50 cm bis auf den Baumstumpf abgeholzt. Voller Protest riefen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger bei der Stadtverwaltung, beim Bürgerverein und auch bei den GRÜNEN an, um ihre Empörung zu verdeutlichen. In der Sitzung der Bezirksvertretung (BV) Uellendahl-Katernberg im März stellte Herr Wilhelm vom Bürgerverein klar, dass er an der Aktion nicht beteiligt und nicht darüber informiert war.

Die GRÜNEN fragten nach und stellten den Antrag, dass die Verwaltung über die Vorgänge, die Zertifizierung des Parks und die Folgen für die Pflegearbeiten aufklären sollte. Darüber hinaus beantragten wir, die BV und die Bevölkerung im Vorfeld über Baumfällungen in Landschafts- und Naturschutzgebieten zu informieren. Damit

der Umweltschutz berücksichtigt und die Fachlichkeit gewährleistet wird, forderten wir, Planungsgespräche einzurichten, an denen VertreterInnen der BV, der Umweltschutzverbände, der Verwaltung und des Bürgervereins teilnehmen.

Die Verwaltung erklärte, dass sämtliche Maßnahmen im Vorfeld mit allen Beteiligten abgestimmt worden seien. Zum Wilhelm-Raabe-Weg sei anzumerken, dass es sich hier nicht um eine Rodung, sondern um Rückschnittmaßnahmen auf privater Fläche handele. Die vorhandenen Gehölze ständen dort sehr dicht beieinander und seien extrem windbruchgefährdet. Deshalb seien sie entlang des Wilhelm-Raabe-Weges nun „auf den Stock gesetzt“ worden, was man alle 7-8 Jahre wiederholen sollte. Der Mirker Hain sei im Landschaftsplan als Landschaftsschutzgebiet festgelegt, die Bedeutung der Zertifizierung werde nachgereicht. Die Vogelsangbachschlucht sei als Naturdenkmal festgesetzt. Das



Foto: Mathias Kehren

Pflegekonzept des Mirker Hains sei noch nicht vollständig, es sei aber beabsichtigt, in Zukunft die Umweltschutzverbände, den Bürgerverein und

die Stadtverwaltung an einen Tisch zu holen, um das Konzept mit allen Beteiligten abzustimmen.

So scheinen zunächst einmal alle Pro-

bleme gelöst zu sein. War also die ganze Aufregung überflüssig? Nun, der sehr engagierte Bürgerverein möchte die „historische Gestaltung“ des Parks in den Mittelpunkt stellen. Allerdings steht ein Parkkonzept aus der vorletzten Jahrhundertwende im Widerspruch zu modernem Umweltschutz und Nachhaltigkeitskonzepten. Hier sind Konflikte vorprogrammiert, und die Fachleute müssen über die unterschiedlichen Ziele diskutieren.

Wir hätten uns viel Ärger ersparen können, wenn schon im Vorfeld der Konzeptentwicklung alle Beteiligten zusammengesessen hätten: der Bürgerverein, die Umweltschutzverbände und die Verwaltung. Es wird sich zeigen, ob die Fällungen den erwünschten Neuaustrieb bewirken oder ob die Bäume endgültig zerstört sind. Engagierte BürgerInnen, die den Park lieben, sind wachsam, sie melden und regen sich, wenn ihnen etwas nicht richtig erscheint. Und darauf sind wir alle angewiesen.

## SONDERPROGRAMM FÜR MARODE STRASSEN

### ■ EINE CHANCE FÜR DAS RADWEGENETZ?



Foto: Mathias Kehren

Die Mitglieder des Verkehrsausschusses und des Rates beschlossen ein Sonderprogramm für durch Frostschäden sehr stark beschädigte Straßen mit einem Volumen von 2 Mio. Euro. Als Ergänzung schlug die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, bei dieser Gelegenheit die neuen Fahrbahndecken mit Radfahrstreifen auszustatten. Damit würde das Radwegenetz mit geringem Aufwand sicherer, die Stadt könnte ihr Angebot für RadfahrerInnen verbessern und die Anbindung an die Nordbahntrasse erleichtern.

In der Verwaltungsdrucksache wurde eine entsprechende Maßnahme für die Langerfelder Straße bereits genannt, Markierungen für Radfahrstreifen werden dort realisiert. Entsprechend sollte auch bei allen anderen Straßen geplant werden, wie zum Beispiel bei der Heckinghauser Straße, Nevigeser

Straße, Uellendahl Straße oder Jägerhofstraße. In Zukunft werden auch immer mehr Pedelecs das Straßenbild prägen, deshalb sind Radfahrstreifen auch auf topografisch geprägten Straßen sinnvoll.

#### Politik hält sich vornehm zurück

Das Ende vom Lied: Die Verwaltung versprach, bei jeder Straßenerneuerung zu prüfen, ob Radfahrstreifen angelegt werden können. CDU, SPD, FDP und WfW genügte diese Aussage, sie wollen das „laufende Geschäft“ der Verwaltung nicht durch einen politischen Beschluss stören. Ein unschönes Beispiel dafür, dass in Zeiten einer großen Koalition politische Beschlüsse durch Verwaltungshandeln ersetzt werden. Wir GRÜNEN hätten uns gewünscht, dass die Mitglieder des Verkehrsausschusses und des Rates bei dieser Gele-

genheit ein deutliches Zeichen für die Verbesserung des Radverkehrs in Wuppertal setzen – auch wegen der hohen Kosten, die der motorisierte Verkehr in Form von Straßenschäden, Energieverbrauch, Lärm- und Luftbelastungen verursacht.

#### Live aus dem Verkehrsausschuss:

„Es ist ein automatisiertes Verfahren, die Verwaltung prüft bei jeder Straßensanierung, ob Radfahrstreifen angelegt werden können“, betonte Dezernent Frank Meyer im Verkehrsausschuss. Einem Mitglied der CDU war diese Aussage wohl zu ungenau, er erklärte uns: „Meine Frau putzt automatisch jede Woche, ich brauche ihr nicht zu sagen, dass sie putzen soll, das tut sie ganz automatisch.“  
Hallo, Herr Wolfgang? In welchem Jahrhundert leben Sie?

## NEUES VOM WEYERBUSCHTURM

### ■ „WUPPERTAL IST DOCH GANZ SCHÖN GRÜN“

sagte vor Kurzem ein Wuppertaler Schüler in der Buslinie 619 in Richtung Nützenberg. Recht hat er! Ein Blick vom nahe gelegenen Weyerbuschturm über die Stadtlandschaft könnte ihn bestärken. Aber diese Aussicht ist leider schon länger versperrt. Der Grund dafür liegt im Turm selbst. Ein Eisenträger, der das Turmzimmer und den seitlichen Treppenaufgang zur Aussichtsplattform auffängt, ist korrodiert. Das Treppenpodest hat sich um 20 mm abgesenkt. Der Eisenträger muss ausgetauscht werden, was aber nur mit aufwändigen und damit kostenintensiven Maßnahmen zu bewerkstelligen ist.

Die Kasse der Stadt Wuppertal ist leer und das Personal reduziert, sodass nur noch absolut notwendige Sicherungsmaßnahmen ausgeführt werden. Bürgerliches Engagement wird daher immer wichtiger.

Die Aufgabe, den Weyerbuschturm vor einem hundertjährigen Dornröschenschlaf zu bewahren, wollen nunmehr

der Förderverein Historische Parkanlagen e. V. sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wohnumfeld angehen. Dazu haben das städtische Gebäudemanagement und der Förderverein zusammen einen Pachtvertrag ausgearbeitet, der die Handlungsfähigkeit auf Bürgerseite und die Rechtssicherheit auf städtischer Seite gewährleistet.

Das gemeinsame Ziel ist es, den Turm Schritt für Schritt nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten zu sanieren und der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen. Denn was ist ein Aussichtsturm wert, der den Zweck seines imposanten Daseins nicht erfüllen kann, nämlich den, Weitsicht zu schenken? Davon können wir in Wuppertal eher mehr denn weniger gebrauchen. Ein steinernes Denkmal nur für den Knopffabrikanten Weyerbusch, der 1897 dem Wunsch des Stadtrats folgend den Aussichtsturm auf der Kaiserhöhe baute, brauchen wir so gewiss nicht.

Man könnte fragen: Welchen Nutzen hat es, viel Geld, Zeit und Energie in einen Steinhäufen zu investieren, dessen Aussicht auch mit einer Webcam eingefangen werden kann?

Nun, es sind die historischen Schätze und die Natur, die Wuppertal unverwechselbar machen: Aussichtstürme mit Ausblick auf eine von grünen Bergen umgebene Stadt, Parkanlagen von namhaften Gartenarchitekten wie Siesmayer, Weyhe oder Lenné und eines der größten zusammenhängenden gründerzeitlichen Villenviertel Deutschlands.

Die Wuppertaler Türme sind ein Gestaltungselement im Gesamtkunstwerk Stadt. Oder anders formuliert: Sie erlauben den Blick auf ein Landschaftsgemälde, das auch ohne Rahmen gefällt.

Haben Sie schon einmal so auf Ihre Stadt geschaut?

Mehr Informationen finden Sie unter [www.weyerbuschturm.de](http://www.weyerbuschturm.de)



Foto: Jörg Lange

## RATSCHRONIK MÄRZ 2013

### Letzte Ratssitzung des GRÜNEN Beigeordneten Harald Bayer

Oberbürgermeister Peter Jung und unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Anja Liebert dankten Harald Bayer in der Ratssitzung am 04.03.2013 für seine Arbeit als Beigeordneter in den vergangenen 24 Jahren. Bis 2008 fielen der Umwelt- und Naturschutz schwerpunktmäßig in seinen Zuständigkeitsbereich, anschließend die Ressorts Grünflächen und Forsten, Gesundheitsamt und Feuerwehr. Der Oberbürgermeister bescheinigte Harald Bayer hohe menschliche und fachliche Kompetenz, dankte ihm für die gute Zusammenarbeit im Verwaltungsvorstand und wünschte ihm ebenso wie Anja Liebert im Namen der GRÜNEN Ratsfraktion alles Gute für den kommenden Lebensabschnitt. Als GRÜNES Geschenk wurde eine Wasserkastanie überreicht, denn Harald Bayers Hobby ist das Schwimmen. Eine offizielle Verabschiedung fand im April statt.

### Entgeltgleichheit – ein wichtiges Thema auch für Wuppertal

Im Gleichstellungsausschuss wurde einstimmig ein Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion beschlossen, stärker gegen das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern vorzugehen. Für den Rat stellten CDU und SPD einen Änderungsantrag, der das Thema auf den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes eingrenzt und damit Beamtinnen und Beamte sowie andere Berufsgruppen außen vor lässt. Nach langer Diskussion, teilweise mit Büttenreden-Charakter, war klar, dass in Wuppertal nun der Vorwahlkampf eingeläutet ist. Deutlich wurde, dass Schwarz-Rot nicht bereit war, dem Vorschlag unserer arbeitspolitischen Sprecherin Ilona Schäfer zu folgen. Sie wollte beide Anträge zur fachlichen Beratung an den Gleichstellungsausschuss überweisen. CDU und SPD stimmten jedoch ihren Antrag durch, der GRÜNE Ursprungsantrag war damit „erledigt“.

### Internet-Übertragungen der Ratssitzungen

Sie erinnern sich vielleicht: Im September wurde auf Initiative der GRÜNEN ein Antrag auf Livestream-Übertragungen der Ratssitzungen gestellt. Im Rat gab es einen spontanen Alternativenantrag der Ratsmehrheit von CDU und SPD mit derselben Zielrichtung, der natürlich dann statt unserem beschlossen wurde. In einer Vorlage der Verwaltung wurde nun die konkrete Umsetzung vorgestellt.



Foto: Jörg Lange

Interessant ist, dass im letzten Jahr die Umsetzung des Oppositionsantrages noch als nicht finanzierbar eingeschätzt wurde, die Kostenveranschlagung nun aber als sehr günstig bezeichnet wird. Ob die Umsetzung teuer oder günstig ist, scheint davon abzuhängen, wer den Antrag stellt ...

### Baumarkt und Discounter auf Lichtscheid

In Wuppertal ist der Bedarf für Baumärkte gesättigt, dennoch unterstützt die Stadt den Wunsch eines Investors, einen Baumarkt auf Lichtscheid

in direkter Nachbarschaft zum gerade erweiterten Hornbach anzusiedeln. Unser Stadtverordneter Marc Schulz verdeutlichte in seiner Rede, dass wir hier schon fast von einem Schildbürgerstreich sprechen können. Die GRÜNE Fraktion lehnte die Verwaltungsvorlage ab.

### Schließung von Hauptschulen

In seiner Rede wies unser schulpolitischer Sprecher Marc Schulz darauf hin, dass es einen grundlegenden

antrag jedoch gegen unsere Stimmen erst einmal wieder in den Schulausschuss zur weiteren Beratung überweisen.

### Neustrukturierung des WSW-Konzerns

Die GRÜNE Ratsfraktion befürwortet die Rekommunalisierung der Wasser- und Abwasserversorgung. Die Verwaltung legte eine entsprechende Vorlage vor. Dieser Schritt ist unter anderem eine Reaktion auf Bestrebungen der Europäischen Union, den Wassermarkt für Privatunternehmen zu öffnen.

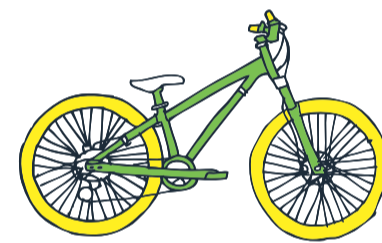
Die GRÜNEN sind der Auffassung, dass die Wasserversorgung zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört, und haben der Vorlage zugestimmt. Klaus Lüdemann präsentierte in seiner Rede einige interessante Zusammenhänge, zum Beispiel, dass Dr. Slawig (CDU) als Kämmerer einst die Teilprivatisierung der Stadtwerke betrieb, jetzt aber einen Teil in die Kernverwaltung zurückholt. Die GRÜNE Fraktion unterstützt auch eine Resolution der LIN-

KEN, die sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung in Europa ausspricht.

### Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus sichern

Die GRÜNE Ratsfraktion forderte den Rat der Stadt in einer Resolution auf, sich für den Erhalt der mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Wuppertal und vier weiteren Städten in NRW einzusetzen.

In ihrer Rede bekräftigte Regina Orth, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, dass die Bundesregierung nicht aus ihrer Verantwortung gelassen werden dürfe. In einem Änderungsantrag wollte die FDP, die im Bund mitregiert, die Verantwortung allein an die rot-grüne Landesregierung in NRW delegieren. Der Antrag wurde in den Integrationsausschuss überwiesen, dort stellte die GRÜNE Fraktion eine moderate Neufassung ihres Antrages, die mit sehr großer Mehrheit beschlossen wurde. In der nächsten Ratssitzung am 29. April wurde der Antrag endgültig beschlossen.



Fahrrad selber kaufen

**ABO**  
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an [fraktion@gruene-wuppertal.de](mailto:fraktion@gruene-wuppertal.de) senden.



## RATSCHRONIK APRIL 2013

### Geht doch: Ratssitzung im Internet

Schön, wenn eine GRÜNE Forderung umgesetzt wird, denn die GRÜNEN machen sich schon lange für eine Internet-Übertragung der Ratssitzungen stark, siehe unsere Ratschronik vom März. Am 29.04.2013 konnte die erste von zunächst vier Ratssitzungen im Internet besucht werden. Davon machten fast 900 Menschen kurzfristig 200 bis 300 über die komplette Ratssitzung Gebrauch, das ist ein sehr guter Erfolg. Weiter so!

### Anfrage zum Gewerbegrundstück Hastener Straße 4-8

Das Gebäude wurde Ende 1999 von der Stadt gekauft. Mit einem Leerstand von über 60% ist es ein ständiger Verlustbringer der stadteigenen Tochter Delphin Vermögensverwaltung. Die GRÜNEN haben in den letzten Jahren immer wieder im Rat nachgefragt und bekamen regelmäßig einen Bericht über Verkaufsverhandlungen, die „wegen unterschiedlicher Preisvorstellungen“ nicht zum Abschluss gebracht wurden. Auf unsere letzte Anfrage in der Ratssitzung am 29.04. erhielten wir erneut eine wenig optimistische Antwort der Verwaltung. Die Frage muss erlaubt sein: Wann ist die Stadtverwaltung bereit, sich von ihren überhöhten

Grundstücksbewertungen zu verabschieden, und schließt das unsägliche Kapitel Hastener Straße endlich ab?

### Sanierung von asbestbelasteten Fassaden

Was passiert eigentlich, wenn Fassaden, die asbestbelastet sind, saniert werden? Das fragte sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da sich AnwohnerInnen der Hinsbergstraße in einem solchen Fall an die Stadt und die GRÜNEN gewandt haben. Bekanntermaßen ist Asbest hochgiftig und muss fachgerecht und ohne Gefahr für Arbeitende und BewohnerInnen entsorgt werden. Weder das Ordnungsamt noch die Stadt fühlen sich zuständig. Wir fragten nach und bekamen eine Antwort der Verwaltung, die uns nicht wirklich überzeugt hat. Wir werden das Thema weiterverfolgen.

### Veröffentlichung der Einwohnerzahlen am 31. Mai 2013

Allen demografischen Prophezeiungen zum Trotz sinkt die Zahl der EinwohnerInnen in Wuppertal nicht, sondern bleibt relativ stabil. Das ist erfreulich, denn pro Kopf erhalten die Städte Schlüsselzuweisungen vom Land. Je weniger EinwohnerInnen, desto weniger Zuweisungen gibt es und umge-

kehrt. Die GRÜNEN stellten im Rat den Antrag, dass die Verwaltung über die wesentlichen aktuellen Zahlen, die am 31.05. veröffentlicht werden, berichten und sie auch den Fachgremien vorstellen soll. Leider lehnten CDU und SPD den Antrag ab.

### Erhalt der Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus

Alle Fraktionen außer der FDP schlossen sich dem GRÜNEN Antrag „Mobile Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus in Wuppertal unverzichtbar“ in der Ratssitzung an und bekräftigten, wie wichtig die langfristige Fortführung der Arbeit des Wuppertaler Teams ist. Es entwickelt seit 2008 Strategien gegen Rechtsextremismus und unterstützt Schulen, Initiativen, Verwaltungen u.a. gegen Rechtsextremismus. Auch, weil Wuppertal eine der drei Hochburgen von Rechtsextremisten in NRW ist, war uns GRÜNEN der Beschluss ein Herzensanliegen.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie unter [www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de) in der Rubrik Aktuelles.



**Mit DIR wird's  
was:  
Jetzt Mitglied werden!**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
KREISVERBAND WUPPERTAL

[www.gruene-kvwuppertal.de](http://www.gruene-kvwuppertal.de)  
Friedrich-Ebert-Str. 76  
Telefon: 0202 / 87811

**ANZEIGE**